

# ARBEITER



## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und die Umgegend

Das „Arbeiterblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Biennigtags-Organ der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisations und antilastigen Organ der arbeitenden Arbeiter. Schriftleitung: Dr. W. Richterstraße 6. Vertriebsstellen: Nr. 246/5, 246/7, 246/8. Persönliche Zustellung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Inverantwortlich: einflussreichen Manuskriptisten ist kein Recht auf Rückporto beizulegen.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,30 M. Subskriptionspreis 12 M. für 12 Hefen. Einzelheft 2,00 M. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 M. — Einzelheftpreis 13 M. im Einzelnen und 80 M. im Halbjahrespreis. Hauptvertrieb: Dr. Richterstraße 6. Vertriebsstellen: Nr. 246/5, 246/7, 246/8. Postfachnummer 2019 Erfurt.

### Haß und Lüge

#### Das Verbrechen der Mostauer

Auf Befehl Mostaus steht die Kommunistische Partei ihre hemmungslose Hege gegen die Sozialdemokratie fort. Statt den Kampf zu führen gegen die Nationalsozialisten, auf deren Rücken die „Leinen Leute“ in die Macht geteilt sind — ohne die Kommunistische Partei wäre im übrigen auch der Rücken der Nationalsozialisten nicht breit und hoch genug für diesen Aufstieg gewesen —, tritt die wohlberühmte Empörung des arbeitenden Volkes gegen das Kabinett der Barone und seine reaktionären Pläne und Maßnahmen zu unterstützen, führen die Kommunisten den verwerflichen inneren Kampf in der deutschen Arbeiterbewegung. Ihr einziges Sinnen und Trachten ist es, Haß zwischen die Arbeiter zu säen und das Mittel, das sie dazu anwenden, ist die Lüge.

Alle Nummern der „Roten Fahne“, die nach dem letzten 14tägigen Verbot wieder erschienen sind, tragen von gleichwohlswollen Angriffen gegen die Sozialdemokratische Partei. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Sozialdemokratie hat. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Sozialdemokratie hat. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Sozialdemokratie hat. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Sozialdemokratie hat. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Sozialdemokratie hat. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Sozialdemokratie hat. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Sozialdemokratie hat. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Sozialdemokratie hat. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Sozialdemokratie hat. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Sozialdemokratie hat. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Sozialdemokratie hat. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verumnst ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

## Große Kundgebung der freien Arbeiter- und Angestelltenorganisationen

# Gewerkschaften gegen Papen-Plan

### Eindrucksvolle Abwehr der Vertreter von Millionen Schaffenden

Dienstagmorgen fand im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats eine öffentliche Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes statt, auf der J. J. Tarnow und Clemens Koppel über den Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Stellungnahme der Gewerkschaften sprachen. Die Kundgebung endete mit der Annahme der folgenden Entschlüsse:

„Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung trifft an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation betämpfen und den Binnenmarkt beleben. Letzt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erhebt aber durch die Konzentration der Industrie die industrielle Produktion und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.“

„Diese Widersprüche des Wirtschaftsprogramms sind ein Zeichen für den sozialen Welt. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter

Druk gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuererleichterungen erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Werten Steuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterdrückt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung muß zugleich ihre Nachsichtung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu fördern.“

Die Verhandlungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterklasse unerträglich. Die erzwungene Copulation steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterklasse gesichert und der soziale Gebude verbessert“ werden soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verhandlungen vom 5. September und 3. Oktober aufzugeben.“

Durch die traffe Ungerechtigkeit der Regierungsmaßnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Enttäuschung im Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zer-

stört damit die Voraussetzung für eine Befreiung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterklasse mißachtet, setzt sich der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet. Die Gewerkschaften sind sich bemüht, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse zugleich der ganzen deutschen Arbeiterklasse dient. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Arbeitskraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Lebens schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes.“

Man kann die Kritik nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitervollständigen läßt und sich nur auf die Diktator der Interaktion verläßt, sondern allein mit dem Einverständnis der Arbeiter durch die öffentliche Hand.“

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.“

# Der Braunschweiger Fememord

### Brief eines SPD-Abgeordneten an den Reichsinnenminister

Eigener Bericht  
Braunschweig, 18. Oktober.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Thielmann hat das folgende Schreiben an den Reichsinnenminister des Innern gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister! Braunschweig hat einen neuen Mord durch Nationalsozialisten erlebt. Der SS-Mann Walter Meier wurde durch den SS-Mann Willi Kanne auf der Landstraße bei Süde als einem Kulo gefolgt und durch sieben Schüsse niedergestreckt. Beide gehörten der sogenannten SS-Stabschwade, die im heute Deutscherwall 18a in Braunschweig untergebracht ist, an. Vor wenigen Tagen verurteilte ein anderer SS-Mann, Michaelis, einen tätlichen Angriff auf Polizeibeamte, die einen Stahlschloß, der zu Ehren des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg veranlaßt wurde, schloßen. Michaelis selbst beging im Gefängnis einen Selbstmordversuch, indem er ein 21 Zentimeter langes Brotmesser verschluckte. Ein anderer jugendlicher SS-Mann, Claus Faustel, der wegen eines Bombenverbrechens in Haft lag, hat ebenfalls versucht, sich im Gefängnis zu töten. Weiter wurde der SS-Mann S. H. J. selbst am 11. Oktober mit einer Bruchschußverletzung in das Landeskrankenhaus Braunschweig eingeliefert. Schönfeld lag vorher im SS-Heim „Vater Jahn“ am Kleinen Exerzierplatz in Braunschweig. Ferner ist jetzt der in Cuthar a. D. von seinen Parteigenossen überfallene SS-Mann Denicke in Goslar gestorben.“

Braunschweig ist nach wie vor ein Mordfeld. Ich darf bei dieser Gelegenheit auf die von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Ihnen vorgelegte Denkschrift über die Verhältnisse bei der Braunschweiger Polizei verweisen. In Braunschweig wird nicht eher Ruhe eintreten, bevor nicht sämtliche SS-Heime und Unterstellungsverhältnisse der Nationalsozialisten geschlossen worden sind. Da nicht anzunehmen ist, daß der nationalsozialistische Innenminister, Herr

Klagges, gegen seine Parteifreunde, aus deren Reihen er ja sogar eine Hilfspolizei bilden wollte, vorgehen wird, gestalte ich mir, Sie noch einmal ausdrücklich auf die Verhältnisse in Braunschweig hinzuweisen. Ich bitte Sie, das braunschweigische Staatsministerium veranlassen zu wollen, daß die SS-Heime in Braunschweig geschlossen werden. Ich meine die in Braunschweig zusammengekommenen oberschlesischen Leute, die jetzt in dem SS-Heime untergebracht sind. Braunschweig wieder verlassen haben, darf mit der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung gerechnet werden.“

## Verdacht gegen Heines

### Die Verhaftungen schlesischer SA-Leute

Eigener Bericht  
Dresden, 18. Oktober.

Die überkauften Bezeugungen zahlreicher SA- und SS-Leute im Zusammenhang mit den polizeilichen Ermittlungen über die bisher ungeklärt gebliebenen Gemordeten schlesischer Nationalsozialisten im August d. J. bilden in Schlesien gegenwärtig die Senften des Tages. Weitere nähere Einzelheiten stehen allerdings noch nicht fest, da die Behörden mit Rücksicht auf den Gang der Untersuchungen jede Auskunft ablehnen. Wie nach und nach bekannt wird, sind die Festnahmen von dringenden der Teilnahme an den Sprengstoffattentaten verdächtigen SA-Leuten in der Hauptstadt in und um Dresden und Götting sowie in der Gegend von Reichensbach und Köhlitz erfolgt. Mehrere Nationalsozialisten sollen sich der drohenden Rettung durch die Flucht entzogen haben. Restlos aufgeklärt ist bisher nur der Mordfall auf den sozialdemokratischen Schriftleiter Paschke in Langenbissau. Es besteht jedoch die Aussicht, daß die übrigen hantentzweierlichen Gemordeten bereits in den nächsten Tagen restlos aufgeklärt sein werden. Von verdächtigen Seiten hört man, daß

die in Sachen dieser Mordfälle bevorstehenden Sondergerichtsverhandlungen höchstwahrscheinlich noch vor Wahlen zu erwarten sein und allergrößtes Aufsehen erregen werden.“

Das Verdadmaterial gegen Heines soll außerordentlich groß sein. Immer lauter wird das Gerücht, daß die Nazisüberfälle ausnahmslos von dem wegen seiner hemmungslosen Gemordetenstellen jettim bekannten Gauführer der schlesischen SA organisiert worden sind.

## Frankreich für Genf

### Gegen Papens Einwürfe

Eigener Bericht  
Paris, 18. Oktober.

Der „Eclair“ meldet, daß die französische Regierung mit Ruhe die weitere Entwicklung der Dinge erwarre. Sie habe keinen Grund dazu, auf Genf als Tagungsort zu verzichten, falls MacDonald sich für verpflichtet halten sollte, einen anderen Sitz für die Konferenz vorzuschlagen. Ingefall eines Deutschland, das, wie es dem Kaiser hat, sehr gut wisse, was es nicht wolle, ist es notwendig, daß Frankreich und England wägen, was sie wollen, und daß sie deren mit Entschiedenheit festhalten. Die letzte Rede des Reichspräsidenten, der entschlossen zu sein scheint, seiner Wählkampagne die Außenpolitik zugrunde zu legen und dabei noch Stiller zu überempfinden, lasse keinen Zweifel an seinen Absichten bestehen.

**Macht Schluß mit Hitler**  
**Kumpanci,**  
**Erwachtes Volk wählt Liste zweier Sozialdemokraten!**

# Die Gewerkschaftsfinanzierung

## Gegen Lohnraub und Kapitalistenwillkür, für Arbeitsbeschaffung und Tarifrecht

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund nahmen gestern in einer öffentlichen Kundgebung im Plenarsaal des Reichstages die Beschlüsse des Reichstages zum Inhalt der Gewerkschaftsfinanzierung kritisch Stellung. In der Kundgebung nahmen außer den Mitgliedern der Bundesräte des ADGB und des AFA-Bundes die Vertreter der Berliner freien Gewerkschaften, der Vorläufer der Sozialdemokratischen Partei, Genosse Otto Weis, und als Vertreter des Reichsarbeitsministers sowie der selbstverständlich verbundenen Reichsregierung Ministerialdirektor Eichler teil.

### Theodor Leipart

eröffnete die Kundgebung mit der Bemerkung, daß schon ganz besondere Gründe vorliegen müssen, wenn sich die beiden Bundesvorstände der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit an die Öffentlichkeit wenden.

Die Bundesvorstände beschließen nicht, sich auf dieser Kundgebung mit der Auslegung des Artikels 48 der Reichsverfassung zu beschäftigen. Die Kundgebung soll sich lediglich darauf beschränken, der Öffentlichkeit die Auffassung der freien Gewerkschaften zum Inhalt des Programms der Reichsregierung (sowie zum rechtlichen als auch zum wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkt aus darzulegen. Beide Vorstände haben beschlossen, ihre Klagen und Bitten in einer öffentlichen Kundgebung vorzubringen in der Hoffnung, daß sie beachtet werden.

Mit leidenschaftlich bewegten Worten wandte sich Theodor Leipart gegen die Auslassungen des Reichstanzlers von Papen, der jeden, der sich nicht hinter die Reichsregierung stellt, als Feind der Nation bezeichnet hat. Er fragte, ob man etwa auch alle die als Feinde der Nation bezeichneten, die am 6. November ihre Stimme nicht für die gegenwärtige Reichsregierung abgeben werden.

Leipart wendete sich auch entschieden gegen die Unterstellung, die Gewerkschaften seien schuld daran, daß durch ihren Widerstand gegen den 4. und 6. September überordneter Mißbrauch der Arbeitslosen nicht wieder in die Betriebe kommen.

### Fritz Tarnow

wies an die Forderung des letzten außerordentlichen Gewerkschaftstages zur Arbeitsbeschaffung. Wir haben damals einen Arbeitsbedarf von 2 Milliarden angenommen, um eine Million Arbeiter für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Man hat uns Inflationsbedenken entgegengehalten. Nach dem Plan der Reichsregierung soll eine größere Kapitalflut im Laufe eines Jahres mobilisiert werden. Es ist für uns sehr bemerkenswert, daß das Inflationsgesetz, das gegen in gewissen Kreisen verumtelt ist. Das kann nicht begründet werden mit der Veränderung der Finanzierungsmethode, nur der Verwendungszweck altertens ist ein anderer.

Wir wollten 2 Milliarden für tatsächliche und unmittelbare Arbeitsbeschaffung, der Regierungsplan will 2,2 Milliarden Steuererlöse abgeben an die Unternehmer verteilen und das ist es wohl, was manche Inflationsfurchen bewirkt hat.

Seider ist die Regierung unserem Vorschlag der direkten Arbeitsbeschaffung nicht gefolgt. Sie will die Arbeitsbeschaffung grundrätig über den Weg der privaten Unternehmerrinitiative, und sie nimmt einfach an, wenn man den Unternehmern Geld gibt, lassen sie schon mehr arbeiten.

Wir werden uns keiner Maßnahme in den Weg stellen, von der wir hoffen können, daß sie den Arbeitslosen hilft.

Dazu können wir deren Eiern und grenzenlose Verzeihung viel zu gut, als daß wir den Wunsch haben könnten, das Ziel der Arbeitsbeschaffung möge scheitern. Wenn der Plan nicht den Erfolg bringen sollte, dann wird nicht Schadenfreude unser Gefühl sein, sondern tiefe Trauer und Bitterkeit darüber, daß ein großer Aufwand nutzlos veran worden wäre.

Rechtlich gesehen müssen wir protestieren gegen den Teil des Planes, der mit unredlicher Härte in den Lebensnerv der Arbeiterklasse und in der sozialen Rechte greift. Wenn die Regierung schon 1,5 Milliarden an die Unternehmer verleiht, wenn sie noch weitere 700 Millionen an Einkommensteuern prämiert dazufließen kann, wie konnte sie auf den unersättlichen Gebanten kommen, auch noch die Lohnentzugsströme der Arbeiter

mit in den Gesehensort zu werfen? Man erzählt sich, daß anfangs zwischen zwei Ministern ein Streit darüber gewesen sei, ob Einstellungsprämien oder Lohnentzug, und nur weil man sich nicht abstimmen können, seien schließlich beide Vorschläge zusammengebracht worden. Das wäre dann in jeder Beziehung das Gegenteil einer rationalen Entscheidung gewesen. Synchronisiert ist am Anfang die Lohnentzugsverpflichtung ganz deutlich geworden. Die Regierung hat es noch in der Hand, ihren

Wirtschaftsplan von den offensichtlich unzulässigen Spekulationsoperationen zu bereinigen, und wir fordern sie dringend auf, damit nicht länger zuögern.

### Glemens Körpel

spricht indem über den Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts.

Die Gewerkschaften haben gegen das Wirtschaftsprogramm der gegenwärtigen Reichsregierung vor allem ernste Bedenken in sozialpolitischer und sozialpolitischer Hinsicht. Dazu kommen noch die ebenso ernsten Bedenken der Gewerkschaften gegen die stehenden Eingriffe der Reichsregierung in die Rechtshoheit der Arbeiter im Staate sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsvertragsrecht.

Die Reichsregierung hat durch ihre Maßnahmen in Rechtsgrundlagen eingegriffen, die gleichzeitig die Grundlagen jedes Staatslebens sind.

Unter ganzem Staatsleben, die Zukunft des deutschen Volkes hängt ab von der Gestaltung der Grundrechte, die in der Reichsverfassung gewährleistet sind und für die heute allein die Gewerkschaften eintreten.

Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß der gegenwärtige Kampf ein Kampf um die persönliche Freiheit des Arbeiters und ein Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse ist.

Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften kämpfen für die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts. Sie stehen in diesem Kampf so gut wie allein, sie sind nur auf ihre eigene Kraft angewiesen. Deshalb ist Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig oberstes Gesetz. Die Arbeiter, die bisher abseits standen, werden nun endlich auch begriffen, daß sie sich den Gewerkschaften anschließen müssen, wenn sie nicht rechtlos werden wollen.

## Die „Entküllungen“ um Klepper

### Harzburger Stinkbomben plagen / Nichts mit den Verleumdungen

Am Dienstag trat der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zusammen, um den Anlauf von Aktien der „Rheinischen Volkszeitung“ durch die Harzburger Stinkbombenfabrikanten vorläufig der Beginn als der weitere Verlauf der Verhandlung überaus entscheidend. Sowohl der deutschnationalen Vorhänge des Ausschusses, als auch der deutschnationalen Reichstages, wurden wegen ihrer Parteilichkeit als auch wegen der Unwahrscheinlichkeit des Berichts von allen Seiten mit den heftigsten Angriffen überschüttet. Als dann Minister Klepper als Zeuge anwesend wurde, verhierte er mit größter Bestimmtheit, daß er sich mit einem Manne wie Steuer, der ihn als den Jäger der preussischen Staatsfinanzen bezeichnet habe, nicht unterhalten werde.

Der Ausschuss beschloß mit allen Stimmen gegen die der Deutschnationalen, daß der Deutschnationaler Steuer dem Minister Klepper keine Zeuge zu stellen habe, sondern daß die Angelegenheit durch den Vorhänge weiterzuführen.

Rummeher kann die Vernehmung des Ministers Dr. Klepper beginnen. Der Zeuge sagt aus, über das Geschäft der Preussentafel mit der „Rheinischen Volkszeitung“ habe zunächst eine Befragung zwischen ihm und dem Minister Hirtfelder stattgefunden. Er sei davon gesprochen worden, daß der Görres-Berlag in Köln eine Kapitalerweiterung notwendig habe, daß es aber schwierig sei, die Mittel zu beschaffen, und daß insbesondere die Gefahr einer Beteiligung ausländischen Kapitals bestehe. Dann habe eine Besprechung mit Braun und Höpfer-Weiß stattgefunden. Die Absicht war von vornherein, staatliche Mittel dafür in Anspruch zu nehmen, die Mittel der Preussentafel aber nur vorübergehend. Solche Geschäfte sind sowohl in der Vorkriegszeit wie auch nach dem Kriege durchgeführt worden. Es erinnere nur an den Reichsfinanzrat, den die Preussentafel 1914 im Einkommen der Staatregierung für die Übernahme des Scherl-Berlages zur Verfügung gestellt hat. (Große Heiterkeit und Höpfer-Weiß). Der Kredit ist ordnungsgemäß von zwei Direktoren-Mitgliedern

unterzeichnet worden, nämlich von Direktor Albersmann und Dr. Klepper selbst. Im übrigen habe er sich auch nicht auf die Unterlagen verlassen, die ihm Minister Hirtfelder gezeigt habe, sondern er habe einen Status des Görres-Berlages aufstellen lassen.

Eine Frage des Vorhänge beauftragt Dr. Klepper, der Anlauf von „Germania“-Aktien im Werte von etwa 100 000 Mark durch die Preussentafel aus dem Verfall der „Rheinischen Volkszeitung“ sei nicht etwa erfolgt, um den Görreshaus-Berlag flüssige Mittel zu verschaffen, sondern aus anderen Gründen, die zur Beilegung an der „Rheinischen Volkszeitung“ geführt hätten.

In einer längeren Auseinandersetzung über die Frage des Risikotragers erklärt der Zeuge, daß hinsichtlich des kapitalmäßigen Risikos eine endgültige Regelung nicht erfolgt ist, solange Höpfer-Weiß Minister war. Er selbst habe sich bemüht, das Risiko im Interesse der Preussentafel auf den Staat zu legen, doch sei ein Definitivum wegen der großen Zurückhaltung des Ministers Höpfer-Weiß nicht zustande gekommen. Das amnisierte Risiko tragen habe er, der Zeuge, als Finanzminister der Preussentafel, bis zum 31. Dezember 1931.

Der Vorhänge bringt dann die Sprache darauf, daß der Kredit, den die Preussentafel der Heimbank gewährt habe, um damit Aktien der Görreshaus-AG zu kaufen, von der Arbeiterbank übernommen worden ist, so daß auf eine deutsche Bank der Anlauf im Hinblick die Regierung erfragen konnte. Die Preussentafel sei nicht an der „Rheinischen Volkszeitung“ beteiligt.

Klepper betont, daß er persönlich die Angelegenheit beantwortet habe, sondern daß die Verantwortung für diese Antwort der damalige Finanzminister getragen habe. Material rüde er selbst jedoch von dieser Antwort auch in seiner Zeile ab. Auf weitere Fragen erklärt er, zwischen ihm und dem Direktor der Arbeiterbank, Geheimrat Baagem, seien irgendwelche juristische Verbindlichkeiten der Preussentafel, den Kredit wieder zurückzubehalten, nicht vereinbart worden. Klepper habe allerdings für seine Bilanz vom 31. Dezember 1931 eine gewisse Entlastung haben wollen, deshalb habe er sich mit einem Brief der Preussentafel an die Arbeiterbank einverstanden erklärt, der diese Entlastung der Arbeiterbank ermöglichte. Aber die Bedeutung dieses Briefes habe nicht darin gelegen, daß ein schon bestehender Zustand bestätigt wurde, sondern daß ein neuer Zustand begründet wurde. Infolgedessen habe der Finanzminister die Anfrage tatsächlich so beantwortet können, wie er es beantwortet habe.

Vorl. Zulte: Die Preussentafel hat diesen Brief nicht beantwortet, abgesehen von der Erwähnung der Preussentafel-Gesellschaft, wobei sie nicht nur das alte Engagement übernahm, sondern auch noch erhebliche Zinsen. Konnten Sie das beantworten?

Zeuge Klepper: Das konnte ich sehr wohl beantworten, weil der Sinn des Geschäfts der war, daß der Staat durch ein ihm nahe stehendes Institut die Finanzierung der „Rheinischen Volkszeitung“ durchführen wollte.

Vorl. Zulte: Welche Zinsen haben Sie damals von den Genossenschaften verlangt? Und bestanden bei den Genossenschaften damals nicht eine große Rottung?

Zeuge Klepper: Die Preussentafel hat während meiner ganzen Amtszeit in meinem Stadium erklärt, sie sei nicht in der Lage, den Genossenschaften Kredite zu geben. Sie ist vielmehr in der Lage gewesen, die Kredite zur Verfügung stellen, die nötig waren. Wenn im allgemeinen eine restriktive Kreditpolitik getrieben wurde, so daß z. B. während meiner Amtszeit das Kreditvolumen von einer Milliarde auf ungefähr 600 bis 700 Millionen zurückgegangen ist, dies aber nur in der abschließenden Zeit, so war das ein Ausfluß der allgemeinen Kreditpolitik, die nur zur Folge gehabt hat, daß das Genossenschaftswesen während der ganzen Zeit der Bankentzerrung ohne fremde Hilfe von der Preussentafel durchgehalten werden konnte. Das Bestehen der Arbeiterbank gegenüber den Genossenschaften steht, sondern immer nur aus allgemein rechtlichen Gründen. Diese Politik hat sich gerechtfertigt.

Die weitere Vernehmung des Finanzministers Dr. Klepper im Hinblick des Preussischen Landtags über die Harzburger Stinkbomben arte in

eine ernste Debatte über das Risiko der Preussentafel bei dem Finanzgeschäft mit der „Rheinischen Volkszeitung“ und die Frage der Verantwortung der beteiligten Personlichkeiten aus.

Abg. Dr. Ruhs (Mag.) brachte die Sprache nochmals auf das Aktienpaket der „Germania“. Der Zeuge erklärt hierauf, er habe sich bei der Übernahme dieser 120 000 „Germania“-Aktien nicht etwa um eine Finanzierung der „Germania“ gehandelt, sondern alle Aktien der „Germania“, deren man damals habhaft werden konnte, wurden aufgekauft, um zu verhindern, daß ein Debitum der Preussentafel in die absolute Rechtshoheit in seinen Besitz bringen konnte. (Zuruf: Wer war denn dieser Großaktionär?) Zeuge Klepper: Der Reichstanzler von Papen. (Große Bewegung.)

Abg. Lechner (3.): Mit dem Zeugen bekannt, daß auch andererseits Gelder des Staates oder des Reiches für ähnliche Zwecke verwendet wurden, etwa Gelder der Bank für Industrieobligationen (Stillebank) zugunsten der „Deutschen Tageszeitung“? Oder ist nicht auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ unterliegt worden? Zeuge Klepper: Derartige Gerüchte sind nicht bekannt. Abg. Weisinger (3.) fragt den Zeugen, ob von seinem Vorgänger in der Preussentafel Gelder zu verschiedenen Finanzierungszwecken gegeben worden seien. — Zeuge Klepper: Ja wohl. Es sind etwa 100 Millionen ausgegeben worden, was mich schon im Rückblicken-Ausfluß selbsteht wurde.

Ministerpräsident Braun fragt aus, er wisse nicht mehr, ob zuerst Minister Hirtfelder mit ihm verhandelt habe, er erinnere sich nur, daß vielleicht in Gegenwart Hirtfelder der Finanzminister Höpfer-Weiß ihn gefragt habe, ob er Bedenken gegen die Vergabe des Geldes an die „Rheinische Volkszeitung“ habe. Er habe darauf keine Bedenken, im Gegenteil wäre es aus staats- und grenzpolitischen Gründen sehr erwünscht, diese Zeitung zu unterstützen. In welcher Weise das Geschäft durchgeführt worden ist, darum habe er sich weiter nicht gekümmert.

Vorl. Zulte: Haben Sie sich mit der Frage beschäftigt, ob die Preussentafel belugt war, ein solches Geschäft zu machen?

Ministerpräsident Braun: Das war Sache des Reformministeriums. Ich hatte nur die politische Seite der Angelegenheit zu prüfen. Im übrigen hätte die Preussentafel ja so viel Millionen an Aktiva in der Preussentafel-Gesellschaft gegeben, daß mir gar nicht der Gedanke gekommen ist, sie könnte nicht belugt sein, ein so einwandfreies Geschäft zu machen.

Nach weiterer längerer Vernehmung Otto Drauns wird beschloßen, Reichstanzler von Papen, Staatsminister Pfand und den Präsidenten Heffterich von der Preussentafel und einige andere Zeugen zu laden.

## Das Unterhaus tagt

### Eigener Bericht

London, 18. Oktober. Das Parlament trat am Dienstagmorgen zusammen. Die Plätze der Mitglieder und die Galerie waren fast besetzt. Die nächsten Tage werden der Behandlung der Abmachungen von Ottawa gewidmet sein, die vor Beginn der neuen Parlamentssession verabschiedet werden sollen. Inzwischen sind für die Regierung nicht zu befürchten infolge der gewaltigen konservativen Majorität, über die sie verfügt. Bevor die Regierung mit ihrer Verbilligung der Abkommen von Ottawa begann, wurden einige Anfragen beantwortet.

## Neuer Vorsitzender der englischen Arbeiterpartei

Henderson hat seinen Vorhitz in der Labour Party niedergelegt. Er hält es für unmöglisch, daß der Vorsitzende der Partei zugleich der Führer der parlamentarischen Fraktion ist, wie das bisher immer der Fall war bis zu den letzten Generalwahlen. Nach diesen wurden die beiden Ämter geteilt, weil Henderson seinen Parlamentssitz erhielt. Henderson konnte sich wegen seiner Gesundheit und wegen seiner Arbeit auf der Arbeitslosenfront in den folgenden Monaten nicht bei einer Nachwahl in das Parlament wählten lassen. Die Nachfolge ist noch nicht bestimmt worden. Es werden mehrere hürte in Salisbury, der Führer der parlamentarischen Fraktion, den Vorhitz der Partei übernehmen. Henderson bleibt Generalsekretär der Labour Party.

## Haffbefehl gegen Nazis

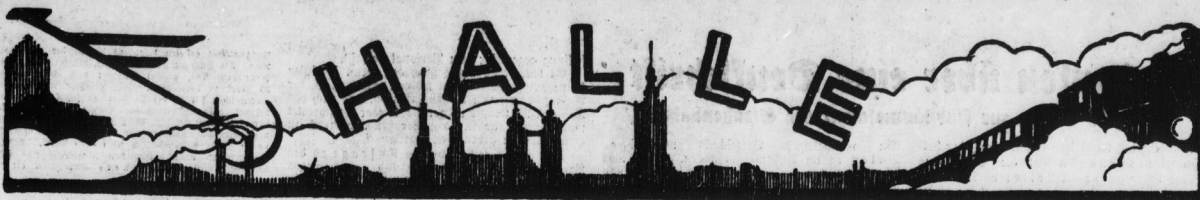
### Eigener Bericht

Breslau, 18. Oktober. Wegen Mordverdachts in drei Fällen in Latschitz mit Vergewaltigung des Spreng-Koffers ist im Zusammenhang mit den zahlreichen Bombenattentaten in Schlesien, an deren Ausführung Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden gegenwärtig eifrig arbeiten, gegen den Oberführer der SA der Untergruppe Mittelerschlesien-Süd u. Ober- und Reichsband und seinen Adjutanten Graf Sprell Haffbefehl ergangen.

## Sachsen-Landtag nicht aufgelöst

In der Dienstagssitzung des Sächsischen Landtags wurde ein nationalsozialistischer Aufstellungsantrag gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt. Demnach der Landtag gegenwärtig eine Reihe sozialdemokratischer Kräfte an, die eine umfangreiche Hilfsaktion für die Arbeitslosen veranlassen.





### Den radikalen Wählern von gestern

"Warum" — fragt mancher Wähler  
Und blickt verdrossen drein —  
"Warum soll denn noch wieder  
Ein Wahlkampf nötig sein?  
Nochmal den ganzen Zauber,  
Den Zug, den Trug, den Dreck?  
Hat das denn überhaupt noch  
Für uns ein "Ja" oder "Nein"?  
Schimpf nicht, verehrter Wähler!  
Dein Grollen ist verfehlt!  
Der Wahlkampf war nicht nötig,  
Hätt' du nicht falsch gewählt!  
Du warst hineingefallen,  
Weil du so gläubig bist,  
Doch dir noch heut der Schwindler  
Nicht klar geworden ist!  
Ob Nazis oder Nazis  
Dich leimten, das ist gleich —  
Sie führten viele Neben —  
Und haben führt das Reich ...  
Und du wirst immer wieder  
Der Angeführte sein,  
Kerul du nicht unterscheiden,  
Was Wahrheit ist — was Schein!  
Jetzt hast du bis November  
Zeit — Ueberleg dir mal  
Bis dahin: Wieder wählen  
Geht doch nicht "Wiederwahl!"  
Wenn du am 6. 11.  
Nochmal zur Wahl marschierst —  
Wielicht bist du dann endlich  
Genügt — und korrigerst! Tutu.

### Eiserne Front

Alle Kameraden der Eisernen Front besuchen  
mit ihren Angehörigen am Freitag, dem  
21. Oktober, 20 Uhr, den Film "Des Seines  
Schwert", der Film vom Kampf ums  
Wesen der menschlichen Gesellschaft, im großen  
Saal des "Volksparks". Eintritt 20 Pfennig, für  
Ermittelte und Jugendliche 10 Pfennig.

### Die Kampfstellung

### War das ein Wind!

Ein Herbststurm mit Windstärke 11.  
Ein Herbststurm von berber Gewalt  
braute gestern Abend durch das Land und richtete  
Unheil an. Auf dem Flughafen in Sch. Feu-  
ditz wurde gegen 3 Uhr abends Windstärke 11  
(Durchschnittsgeschwindigkeit des Windes 72 Kilometer  
in der Stunde) gemessen. Während am  
dem Bande die Sturmfluten teilweise ganz  
erschreckend waren, kam Halle verhältnismäßig glimpf-  
lich davon. Gemäßigte der starke Wind Siegel  
von den Dächern und sich heftig von den Bäumen,  
so daß jeder, der es konnte, zu Hause blieb; aber  
allzu schlimm wurde es nicht. Nur in einem  
Falle mußte die Feuerwehr alarmiert werden,  
als nämlich ein an einem Wäldergelände in  
der Großen Steinstraße angebrachtes  
Blatt sich löstete und herabstürzen drohte.  
Die Gefahr ward bald beseitigt. Erst werden  
noch Schäden bekannt vom Ende der Stadt, wo  
der Sturm sich heftiger ausbreiten konnte. Auf  
dem Nordfriedhof, ebenso wie auf dem Sandanger  
wurden je zwei Pappein auf dem Erdreich her-  
ausgerissen. Daneben riß der Wind von den  
Bäumen auch eine Reihe Äste.

### Die Kriegsober der Sündenburg

Man schreibt uns: Auf Anregung der Ver-  
treter des Reichsverbandes der Kriegesbeschädigten  
hat beim Reichspräsidenten ein Empfang des  
Vorstandes des Reichsverbandes der Kriegesbeschädigten  
und Kriegeserbliebenenangehöriger statt.  
Der Vorsitzende des Reichsverbandes Gellaß,  
hat eindringlich die gegenwärtigen Verhältnisse in  
der Verlegung und Fortzüge vorgetragen. Der  
Reichspräsident wurde besonders auf die Schwie-  
rigkeiten hingewiesen, die durch die Notverord-  
nungen bei der Waisenversorgung und durch die  
Anrechnung der Kriegesrenten auf die Sozialrenten  
entstanden sind. Ferner wurde eine kurzgefasste  
Bitte für die Kriegesbeschädigten Reichsverbandes  
als unerlässlich bezeichnet.  
Der Reichspräsident ver sprach, soweit es die  
finanzielle Lage des Reiches gestatte, eine allmäh-  
liche Verbesserung der Versorgung einzutreten zu  
lassen. Er gab auch dem mit anwesenden Reichs-  
arbeitsminister Dr. Schäfer die Anweisung, eine  
allmähliche Milderung einer Reihe von Härten,  
die sich bei der Durchführung der Notverordnun-  
gen gezeigt haben, anzutreiben.

## Das Ende einer Nazi-Korruption

### Schlachthofdirektor Altenstein amtsentzogen - Staatsanwalt greift ein

Mit dem gestrigen Tage hat ein großer na-  
tionalsozialistischer Korruptions-  
skandal seinen Abschluß gefunden. Schon seit  
längerer Zeit drangen Bornwille gegen die Di-  
rektoren des Städtischen Schlachthofes, Wallen-  
berg und Altenstein, in die Dienstlosigkeit,  
die in letzter Zeit immer bestimmtere Formen an-  
nahmen. Vor einer Woche erfolgte bereits eine  
Kündigung der städtischen Behörden, die erkennen  
ließ, daß tatsächlich Verfehlungen vorge-  
kommen waren. Die Ermittlungen haben sehr  
rasch ergeben, daß Altenstein herab be-  
lastet ist, daß seine Weiterverwendung nicht in  
Frage kommt, und so gibt die Pressestelle des Na-  
zifrats heute folgende Mitteilung heraus:

"Durch Verfügung des Oberbür-  
germeisters der Stadt Halle vom 18. Ok-  
tober ist der Schlachthofdirektor Dr.  
Altenstein vorläufig seines Dienstes  
entzogen worden. Ingleich sind die Unter-  
suchungsakten an den Herrn Staats-  
anwalt abgegeben. Mit Rücksicht auf das  
zunehmende schwebende Verfahren kann insfol-  
gende weiteres noch nicht gesagt werden."

Altenstein hat das noch kommen sehen, denn  
schon vor einiger Zeit hat er sich auf 6 Wochen  
krank gemeldet. Daß aus der "vorläufigen"  
Amtsenthebung eine dauernde wird, daran  
kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Man  
wird im Gegenteil damit rechnen müssen, daß  
noch manches ans Tageslicht kommt,  
was die Herren des Schlachthofes bisher  
verhulsen konnten; geschäftlich sind sie ja vorgegangen.  
Wer was bis jetzt schon bekannt ist, wird ein  
begegnendes Licht auf die Moral der nationa-

lsozialistischen "Erneuerer", die sonst immer sehr  
eifrig sind, nach Verfehlungen bei anderen herum-  
zuschmeißen.  
Andererseits Arbeiter darf man auf die  
Etage, um E.M.-Leute einzufellen zu  
können, und verdächtigt, um das zu bewerk-  
stelligen, die anderen der Eischlebung. Der  
Schlachthof wurde dadurch schwer geschädigt, daß  
für Rechnungen Beträge bezahlt wurden, die nie  
und nimmer dem Geleisteten entsprachen.  
Dafür sollte auch andererseits wieder der Lohn  
des selbstverdienenden Direktors Wallenberg bei  
einer Eischlebung beschlagnahmt werden. Auch große  
nützliche Aufträge wurden veranlaßt, von  
denen die Herren Betriebsleiter in betrüm-  
mten Zustände frühmorgens in den Schlachthof  
kamen.

Bei diesem Korruptionsfall handelt es sich nicht  
etwas nur darum, daß einer der Beschäftigten  
unfallig der RPD angehört. Nein, in  
der Nationalsozialistischen "Arbeiter"partei  
die ganze an den Verfehlungen be-  
teiligte Clique und

### Nationalsozialisten kam die Mindererschaft im Schlachthof zugute.

Darum brachte auch der "Kampf" den trau-  
rigen Mut auf, als die Verfehlungen bereits offen-  
kundig waren, zu schreiben: "Wir werden in den  
nächsten Tagen auf die haltlosen Gerüchte,  
Sensationen usw., die man in der Berch-  
enstraße ausgebreitet hat, eingehen."  
Die Dienstlosigkeit wartet schließlich darauf, daß  
die Nazis dieses Verbrechen endlich wahr-  
machen und sich verantworten.

## Konferenz der Arbeiter-Wohlfahrt

### Für den Bezirk Halle-Merseburg

Am vergangenen Sonntag fand im "Volk-  
park" die Bezirkskonferenz unserer Wohlfahrts-  
organisation statt. Ihr ging voraus eine Sitzung  
des engeren Bezirksvorstandes, in welcher rein  
organisatorische Fragen erledigt wurden. Die Be-  
zirkskonferenz war von fast allen angeschlossenen  
Ortsausgängen besetzt worden, nur wenige Orte  
waren nicht vertreten.

Nach einigen Worten der Begrüßung eröffnete  
die Bezirksvorsitzende, Genossin Schöb, die Kon-  
ferenz und stellte als ersten Punkt der Tages-  
ordnung eine Besprechung über den diesjährigen  
Broschürenvertrieb auf die Tagesordnung. Es muß  
trotz der Not der Zeit verjagt werden, die Sofe an  
den Mann bzw. an die Frau zu bringen, denn da  
die Mittel von allen Seiten immer härter  
fließen, sind wir um so mehr gezwungen, uns diese  
Einnahmequelle zu sichern, denn wir auch als  
Sozialisten prinzipielle Gegner einer Lotterie sind.  
Die Lotterie ist den Wünschen der Mitglieder ent-  
sprechend ausgebaut worden, d. h. es sind auf  
Kosten der ganz großen Gewinne mehr kleine  
Gewinne geschaffen worden, nur die Hauptgewinne sind so  
geblieben, da sie von den Lotteriespendanten als  
unbedingt erforderlich zur Bekämpfung des Geschäftes  
angesehen werden.

Aus der Mitte der Versammlung wurden sehr  
wertvolle Anregungen gegeben, wie man den Um-  
satz der Sofe heben könnte. Auch über den Witten-  
betrieb und die Gewinnverteilung wurden die  
Erfahrungen ausgetauscht. Im Anschluß an die  
Lotterie soll dann wieder die Vortragaktion wie  
in den vergangenen Jahren stattfinden, doch soll  
in diesem Jahre die Verteilung der Referenten an  
die einzelnen Orte nach Maßgabe des Umfanges  
an den Orten festgelegt werden, so daß auch hier  
ein Anteil gegeben ist, viel Sole umsetzen.  
Nach der Mittagspause waren die Teilnehmer  
zum Ortsausgang Halle zur Besichtigung seiner  
neuerbauten Volkspark eingeladen worden. In den  
gesamten Räumen wurden sie von Vorsitzenden, Genossin Schöb, be-  
grüßt. In einer kurzen Ansprache wies er  
auf die Schwierigkeiten der Gründung hin, welche  
nur durch die fröhliche Mitarbeit unserer Freunde  
vom RPD begehren werden konnten, und gab  
seiner Genehmigung Ausdruck, daß sich dieses  
Unternehmen so gut entwickeln habe.

Dies ist hauptsächlich der umsichtigen Leitung der  
Genossin Kaufmann sowie der vorzüglichen  
Ruhe der Genossin Kamm zu danken. Mit  
Freude stellte der Vorsitzende fest, daß nunmehr  
allen Genossinnen und Genossen die ungenügende  
Bedeutung unserer Arbeit klar geworden ist, und  
deren Leitung uns feindlich gesinnt ist. Er  
gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Sache  
auch weiter gut entwickeln würde.

Genossin Weißer dankte für die Freude, die  
den Delegierten dadurch bereitet ist, daß sie in  
diesem neuen Wert des Ortsausganges Halle  
batten Einblick nehmen können.  
Dann wurde in der Tagesordnung fortgesetzt  
und über die Organisation der

Soldatensoldaten und Winterhilfe  
geprochen. Genossin Schöb gab bekannt, daß von  
der Eisernen Front und der Partei eine Ver-  
wandlung und Gefangenensorge für  
politische Bezüge ins Leben gerufen ist. Es  
sei nunmehr an den Ortsausgängen, sich so dar-  
zustellen, daß ihnen auch in der Praxis alle vor-  
kommenden Fälle ausgeteilt werden; besonders die  
Ortsausgänge, welche an sich von Gefangenen  
beständen, hätten die Pflicht, sich mit Feuerzettel  
auf dieses Gebiet zu wenden und darauf hinzu-  
wirken, daß ihnen auch wirklich alle Fälle zu-  
gewiesen würden.

Was die Winterhilfe anbelangt, so sei den  
Ortsausgängen sehr zu empfehlen, mit den bür-  
gerlichen Wohlfahrtsorganisationen gemeinsam zu  
arbeiten. Es seien bisher immer noch Bemerkungen  
vorgekommen, daß durch die Entfremdung  
der Bevölkerung gegen sich die Notwendigkeit, alle  
Bedürfnisse anzustellen, solange nicht Dinge  
verlangt werden, die unseren Prinzipien wider-  
stehen. Auch auf dem Gebiete der Winterhilfe war  
einiger Gedankenaustausch und man konnte mit  
Freude feststellen, wie sich alle Ortsausgänge in  
die Praxis dieser Arbeiten hineingefügt hatten und  
wie reiche Erfahrungen gesammelt wurden.

Zum Schluß ermunterte Genossin Schöb die  
Anwesenden, sich als Parteifunktionäre  
mit aller Kraft der Wohlfahrt hinzugeben, denn  
nur wenn unser politischer Einfluß steigt,  
können wir wieder mit größter Beachtung unserer  
Wohlfahrtstätigkeiten durch die Behörden rech-  
nen.

### Die Sammlung

### von Kleidung und Hausrat

der Winternothilfe beginnt morgen, Don-  
nerstag, Wagen der Schuhpolizei fahren mit Ge-  
tern, die mit Armbanden und Polizeiausweis be-  
zeichnet sind, durch die Straßen. Am 20. (1. Tag)  
wird gesammelt in der: Anhalter Straße, Par-  
straße, Auguststraße, Carlottastraße, Dorst-  
straße, Marienstraße, Martinstraße, Dogenstraße,  
Martinsberg, Rößlerstraße, Zöpferstraße, Schimmel-  
straße, Albert-Lehmann-Straße, Breitenberger Straße,  
Am Bauhof, Or. Berlin, Braunsstraße, Bäcker-  
straße, Sternstraße, Rammelsstraße, Schmeerstraße,  
Am 21. (2. Tag): Franzstraße, Wartenburgstraße,  
Leipziger Straße, Büschdorfer Straße, Grimm-  
straße, Gerhartstraße, Kronberger Straße, Gogis-  
dorfer Straße, Delitzscher Straße, Freiländer  
Straße, Landberger Straße, Weidenberger Straße,  
Biehoffstraße. Die Winternothilfe bittet,  
Sachen möglichst so abzuliefern, daß Zusammen-  
gehöriges miteinander zusammengebunden ist. Das  
gilt besonders für das Schuhwerk.

### Eine letzte Konkursverhandlung

### Höchstens 5 Prozent im Schwarz-Konkurs.

Im Bankrotprozeß Schwarz begann am  
Dienstag die Vernehmnehmung. Als erster Zeuge  
berichtete der Konkursverwalter Rönke über die  
ausgesprochenen Lage des Schwarz'schen Kon-  
kurses, der nachschonmal erst nach zwei Jahren  
beendet sein wird. Nach dem augenblicklichen  
Stand haben die Gläubiger eine Konkursdividende  
von nur 5 Prozent zu erwarten. Die Gesamt-  
summe der Gläubigerforderungen beläuft sich auf  
mehr als eine halbe Million Mark.

Vom Personal des Angeklagten wurden jedoch  
vernommen die Zeugen G. u. J. e., die das Besten-  
konto und vor allem das sogenannte Konto mit  
zu führen hatte, und der Zeuge Kirchhoff, der  
Kassierer bei der Firma Schönicht war. Eobann  
berichtete als Zeuge der Direktor G. e. i. e. r. von der  
Wirtschaftlichen Landesbank zu Halle über die Ge-  
schäftsverbindung des Angeklagten mit der Landes-  
bank. Zu den Beträgen Merx und  
Dr. G. e. i. n. wurden schließlich die Geschädigten  
endlich als Zeugen vernommen. Beide bestätigten  
in vollem Umfange die Sachdarstellung der An-  
klage, während der Angeklagte trotz dieser An-  
klagen nach wie vor beharrt, den Geschädigten  
betriebsfremde Verpfändungen gemacht zu haben.  
Am Donnerstag wird die Vernehm-  
nehmung fortgesetzt.

### Rehmann-Beralech wird durchgeföhrt

Das Bankhaus H. F. Rehmann bringt im  
Laufe dieser Woche eine weitere Quote von  
5 Prozent an die Einleger zur Auszahlung, nach-  
dem im März 10 Prozent zur Verteilung gelangt  
waren. Im Rahmen des Liquidationsvertrages  
wurden bisher insgesamt Werte von 2 800 000 Mk.  
flüssig gemacht. Davon demsprüngen aber in  
voraus die Banken für die vor der Zahlungs-  
einstellung dort aufgenommenen Kredite auf  
Grund ihrer Sicherheiten 1 800 000 Mk. Die Un-  
kosten für Gehälter der unter Krümmungsding  
insenden 70 Angestellten betragen 170 000 Mk.,  
und die Kosten für das gerichtliche Vergleichs-  
verfahren 50 000 Mk. Mit der vorzugsweisen Be-  
friedigung der besten Vorkreditgläubiger und  
den obenanzunehmenden Unkosten war von vornherein  
gerechnet worden.

Angesichts der gegenwärtigen ungünstigen  
Wirtschaftsverhältnisse ist eine schnellere Durch-  
führung der Liquidation im Interesse der Gläu-  
biger nicht möglich geworden. Die laufenden Li-  
quidationskosten konnten bisher durch Zinsrücklagen  
gedeckt werden. Jetzt werden nur noch vier An-  
gestellte beschäftigt.

### Handwagensuchen gefährlich.

In der Reilstraße fuhr gestern Abend ein  
Ballastwagen gegen einen Handwagen, der von zwei  
Männern gezogen wurde. Beide wurden mit er-  
schwerenden Verletzungen ins Krankenhaus gebracht  
werden. Ein ähnlicher Unfall hat sich auch  
in der Bogelstraße ereignet, wo ein Motorrad-  
fahrer auf einen Handwagen auffuhr. Hier war  
es der Kraftfahrer, der verletzt wurde und dem  
Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Schwarz-Brand. In der Benkenfelder Straße  
war gestern Abend gegen 1/8 Uhr ein Schwarz-  
brand entzündet. Die Feuerwehre konnte nach  
20 Minuten wieder abrücken.

Geologische Expedition der Universität Wpala.  
Die geologische Fakultät der Universität Wpala  
hat den Professor Ernst von Dobschütz als  
Falle zum Expeditionsleiter ernannt.

# Preis- u. d. Klassen-Loterie

## Ziehung 1. Kl. 21. u. 22. Oktober - Lose bei den staatl. Lotterieleitnehmern











# Der Reichstags-Nazipräsident mußte dringend zur Jagd

## Görings Böcke

Aus einem Brief des Präsidenten des Preussischen Landtags Herrl an den Staatssekretär für Landwirtschaft hat man feinerzeit erfahren, daß Herr Göring in preussischen Staatsforsten einen Hirsch jagen wollte, daß er aber von einer ihm gebotenen Gefolgshilfe keinen Gebrauch gemacht hat, weil ihm der Hirsch zu wenig wertvoll erschien. Herr Göring nicht dazu gekommen ist, sich an Hirschen weidmännisch zu erproben, ist er im Reichstag selbstbewußt auf die Böcke losge-

gangen und hat einen kapitalen Bock nach dem anderen geschossen. Inzwischen scheint ihm die Einsicht aufgegangen zu sein und er will nun lieber statt Böde Hirsche jagen. Da er aber mit den dünnen Hirschen nicht zufrieden ist, die ihm die forstwirtschaftliche Verwaltung in Preußen zum Abschuss vorküpfeln lassen wollte, ist er ins Bekannte zurückgegangen, so daß die medienberühmte Presse sich wieder mit dem Reichstags-Nazipräsidenten beschäftigt. — d. h. daß der Schwager von Herrn Goebbels Herr Göring im Wildpark Friedrichs-

moor den Abschuss eines kapitalen Rotkehlchens gemischt habe. In seinem Schreiben an den Staatssekretär für Landwirtschaft hat der Herr Göring zu verstehen gegeben, daß Herr Göring bis zum nächsten Jahre warten wird, weil dann „wir selbst die Hirsche in der Schochbeide vertieren werden“. Entweder hat nun Herr Göring nicht warten können, oder die Hoffnungen der Nazis auf die Wiederernennung der Regierung in Preußen sind so gestiegen, daß Herr Göring sich lieber mit einem medienberühmten Hirsch beschäftigen und auf die preussischen Staatsböde verzichten will.

## Wie steht es mit der Arbeitsbeschaffung?

Von Wl. Woytinsky

Die regierungsfreundliche Presse berichtet täglich über Neueinstellungen von Arbeitsträgern in den Betrieben. Der Reichstanzler hat nur kurzam in einer seiner Reden herorgehoben, daß im September die Arbeitslosen in den Arbeitsämtern sich um 124 000 vermindert hat, während im Vorjahr derselbe Monat eine Zunahme der Arbeitslosen um 140 000 gebracht hatte. Diese Gegenüberstellung sollte für die Wirtschaftspolitik der Regierung das höchste Lob bedeuten.

Wie steht es aber in Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt aus?

Die Berichte der Arbeitsämter weisen seit Frühjahr den Rückgang der Arbeitslosen nach, der bekanntlich nicht auf die Entlassung des Arbeitsmarktes, sondern auf die Beschäftigung des Unterhaltungsrechts zurückzuführen ist. Man ist daher gewarnt, aus diesen jüngsten Berichten mit großer Vorsicht entgegenzunehmen. Die Berichte der Gewerkschaften lassen eher erkennen, daß im September die Zahl der Arbeitslosigkeit wirklich etwas zurückgegangen ist. Nach den monatlichen Ausweisen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes waren unter dem Gewerkschaftsmitglied arbeitslos: Ende Juni 43,6 Prozent, Ende Juli 44,4, Ende August 44,5, Ende September 44,1 Prozent. Ein wärmer, kaum nennenswerter Rückgang, der allerdings in dieser Jahreszeit symptomatisch sein kann und sich zum Teil aus dem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes sowie der Rotkammerarbeiten erklären läßt.

Auch die Kurzarbeit ist etwas zurückgegangen. Ende August fanden 22,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in Kurzarbeit, Ende September waren es 22 Prozent; die durchschnittliche Arbeitszeit betrug Ende August 14,2 Stunden, Ende September 13,7 Stunden in der Woche. Die gesamte Arbeitslosigkeit (unter Umrechnung der Kurzarbeit in Vollarbeitslosigkeit) ist damit von 51,2 auf 50,4 Prozent gesunken.

Eine kleine Verbesserung der Beschäftigung im September ist also eine Tatsache. Leider weiß man nicht, ob diese Verbesserung lange anhalten und fortgeschrieben wird. Vollständig abwegig sind jedenfalls die Berichte, die Wendung — vielleicht eine nur vorübergehende Wendung — im Konjunkturablauf in Verbindung mit den Anglermaßnahmen zu legen. Der gute Regen der Gewerkschaften sollte — auf die Wirtschaft erst im Oktober ergießen, seine Auswirkung in der Septemberstatistik des Arbeitsmarktes kommt daher nicht in Frage. Was andererseits die durch die Rotverordnung vom 8. September angeordneten Neueinstellungen von Arbeitsträgern betrifft, so läßt sich ihr Umfang noch nicht übersehen.

In der Wirtschaft findet immer eine Fluktuation der Arbeitskraft statt: in den einen Betrieben werden stets Arbeiter entlassen, während in den anderen neue Arbeitsplätze geöffnet werden. Die Arbeitsämter allein haben im September 1931 rund 270 000 Arbeitslose vermittelt, während die Arbeitslosen in diesem Monat um 140 000 angewachsen sind! Was der Statistik der Krankentafeln schwanzt die Zahl der Arbeitskräfte, die monatlich von einem Betriebe abgetreten und von einem anderen angenommen werden, um 1,5 Millionen monatlich. An der Regel handelt es sich hier um die Rekrutierung von Arbeitsträgern (im Sinne der Rotverordnung), der allerdings die Rückgang der Beschäftigten in den anderen Betrieben die Waage hält.

Wenn die Unternehmer nur einige zehntausende Neueinstellungen als Vorwand für die Anwendung der Rotverordnung angewendet haben, bedeutet dies einen kläglichen Mißerfolg des durch die Rotverordnung geschaffenen Systems.

Betriebsgenossen beginnen auch die Unternehmer einzusehen, wie unzulänglich dieses System ist, das einzelne Betriebe gegeneinander auspielt, alle Grundlagen des gesunden Wettbewerbs auf dem Markt zerstört und in der Arbeiterhaft die äußerste Erbitterung und Enttäufung erweckt.

An den letzten Wochen sind unzählige Fälle bekanntgeworden, wo es den Arbeitern gelungen ist, die Lohnfortzahlung auf Grund der Rotverordnungen abzumauern. Der DGB versucht, einen statistischen Überblick über den Umfang und die Ergebnisse dieses Abwehrkampfes sowie über die Auswirkung des neuen Arbeitsvertragsystems zu gewinnen. Bisher sind Berichte von sechs Betrieben eingetroffen, die sich auf 167 Betriebe mit rund 35 000 Beschäftigten beziehen. Im ganzen sind hier 6400 Arbeiter (19 Prozent der früheren Beschäftigung) mehr eingestellt worden. Ein vierter Teil der Beschäftigten wurde die Lohnfortzahlung auf eine zehnprozentige Lohnfortzahlung für die 31. bis 40. Stunde eingetretet, bei einem Drittel schwanzt die Lohnfortzahlung zwischen 20 bis 30 Prozent. Dies ist ein Ergebnis des gewerkschaftlichen Kampfes, das sich sehen läßt.

Dies alles läßt erkennen, wie wenig der jüngst geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit auf die Rechnung des von der Regierung angeführten Wirtschaftspolans zu setzen ist.

# Späte Einsicht „nationaler“ Hezer

„Die Korruptionsriecherei von 1932 übertrifft noch die Spionierriecherei von 1914“

Den Spracherbe des Herrenclubs und der Barone, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, entgingt sich folgendermaßen Stößiger:

„Die Wankler unseres politischen Kampfes sind so unselbstig geworden, daß das öffentliche Leben schwer darunter leidet. Die Einkünfte aus der deutschen nationalen Abgabensteuer in einem der vielen überflüssigen Ausschüsse des Preussischen Landtags betrachten wir in diesem Zusammenhang als eine Entgeißelung, die wieder gut gemacht werden wird. Sie bewahren nur eins, und das ist allerdings erfreulich, daß selbst ein preussischer Landtagsabgeordneter keine Vorstellung davon hat, was ein wirkliches politisches „Panama“ ist. Der frühere Finanzminister Kappeler erweist sich nirgends besonderer Sympathien, und wir sind die Letzten, die ihn verteidigen möchten. Aber ihm vorzuziehen, daß es der Preussische Reichstag einer der größten Städte des Landes einen Kredit vermittelt hat, während gerade ein Kommunistenminister wie Herr Steuer müssen mußte, daß die deutschen Kommunen, große und kleine, in den vergangenen Jahren die Ministerpräsidenten Bertins geradezu belagert haben, weil sie sich nicht mehr zu helfen wußten, ihm einen Kredit aus einem inwärtigen aus auf Heller und Pfennig zurückzubekommen Darlehen von 12 000 M. an einen hohen Beamten zu drehen, ihm jenes politische Sonderkonto A anzukrediten, aus dem vielleicht auch einige fragwürdige Unternehmungen finanziert worden sind — die Berichte mögen sich mit aller Eindringlichkeit damit beschäftigen, gewiß, aber diejenige Aktion der letzten Monate, auf der wir überleben nicht, zur Zeit der Staatsschuld, das ist politisch nicht besonders klug.“

Männer wie Braun und Seering sind von

unserem Standpunkt aus sofort zu bekämpfen, aber sie haben keine Schände. Die Korruptionsriecherei von 1932 übertrifft noch die Spionierriecherei von 1914. Bei dem politischen Gegner tragt man zuerst danach, wieviel Gehalt er im Durchschnitt der letzten drei Jahre bezog. Welches ist übrigens das Maximumelkommen, das nach Ansicht der Erneuerer eben noch erlaubt sein sollte?

Was ist das für ein gemeingefährlicher Unfug, den Reichstanzler zu einem beherrschenden Faktor des öffentlichen Lebens zu machen. Wie lange sollen wir uns, ohne energisch zu protestieren, diese Topfguckerei noch gefallen lassen, diese lächerliche Verproletung des politischen Kampfes? Ob der Reichstanzler einer Wittfellerin 20, 30 oder 100 M. lenkt, geht die Wahlverammlungen nichts an. Den Vermögensverhältnissen der Großmütter der Reichsminister zum Zwecke der Demoralisation nachzugehen, ist laienförmig. Zum Schutz der persönlichen Ehre müssen die bestehenden Gesetze ebenso rücksichtslos angewendet werden wie das in der Verfolgung landwärtiger Verbrechen und Vergehen geschieht.“

Was und schon! Warum ist aber das Organ des Herrenclubs nicht schon früher zu dieser Einsicht gelangt? Etwas in der stillen Erkenntnis, daß es nicht schicklich ist, wenn die Steuer und Konfession nicht nur Jährling den Topf (sondern selbst den Nachtopf der republikanischen Ministerkommissionen stehen?

Der Bericht der politische Einsicht etwa mit einem Wind des Herrn von Bapen, der als früherer Aufklärungsorganisator der Berliner „Germania“ über Subventionen an

Zeitungen sichtlich recht gut Bescheid weiß? Ebenfalls kommt die Einsicht der „D.Z.“ richtiglich ist. So ist, daß sich jedenfalls bestimmte Gründe dahinter verbergen!

## Der gemeingefährliche Unfug

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat in ihrer Nummer 488 einen Anfall von Bernunft erlitten, als sie sich gegen „den gemeingefährlichen Unfug wendete, den Reichstanzler zu einem beherrschenden Faktor des öffentlichen Lebens zu machen“. Sie hat dagegen protestiert, daß es üblich geworden sei, seine politischen Gegner zuerst danach zu fragen, wieviel Gehalt sie im Durchschnitt der letzten drei Jahre bezogen haben. Es ist erst ein halbes Jahr her, daß in der Wochenchrift „Der Wortführer“, die im Verlag der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erschien, ein gegen führende Sozialdemokraten gerichteter Artikel veröffentlicht wurde unter der wiesendenden Ueberschrift: „Bongen und ihr Einkommen“. In diesem Aufsatz wurden die verlangten Behauptungen über das Einkommen der Sozialdemokratischen Wiffel, Dr. Herz, Koete und Stücken aufgestellt. Die Verteilungen hatten gefügt. Die Gerichtsverhandlung war für den Verfasser des Artikels moralisch erledigt, es endete mit seiner Verurteilung. Heute rüdt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von solchen Methoden ab. Sollte es nicht damit zusammenhängen, daß diese Methoden, die auch in den Kreisen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegen Sozialdemokraten üblich waren, nunmehr von den Nazis übernommen worden sind und gegen die Hintermänner der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ angewandt werden? Sie werden jetzt mit dem getroffen, womit sie gelündigt haben und hinterher kommt die Regel!

## „Kontingenterierung erledigt“

Niederlande verhandeln mit Dapen nicht mehr

Eigener Bericht

Als eine Irrführung des In- und Auslandes bezeichnet der „Neue Rotterdamse Courant“ die Ausstellungen des Reichstanzlers von Bapen in Rotterdam über seine Kontingenterungspläne. Der deutsche Zuhörer werde in den Wahn verlegt, als ob sich mit Niederland, dessen Widerstand gegen die Kontingenterierung in Deutschland zu tiefen Eindruck gemacht habe, noch über die deutschen Pläne beraten lässe. Damit ermude er bedeutende Klaktionen, denn ihm selbst mühe klar sein, daß er einmüde seine Wiffchaften aufgeben, oder mit den Maßnahmen, zu denen Niederland sich gezwungen sehen werde, rechnen müsse. Gegenüber dem Ausland sei es eine Irrführung, wenn er von der Kontingenterierung als einer zeitweiligen Notmaßnahme gesprochen habe, denn in Wiffchaften habe er selbst die Bevorrechtung der Landwirtschaft proklamiert und auch die „Lomatentommission“ fülle die Kontingenterierung anders auf. Die Regierung von Bapen werde, wenn sie solche Pläne durchzuführen trachte, Niederland zwingen, seine eigenen dadurch entfallenden Rot Rechnung zu tragen.

## Zuchthausrevolte in Kanada

Eigener Bericht

Unter den 906 Anlassen des Zuchthauses in Portsmouth (Kanada) entstand am Montag ein Aufruhr, der von Truppen unterdrückt werden konnte. Die Zuchthäuser bauen Baracken und verschicken den Soldaten Wierbarnd zu leisten. Es ergaben sich jedoch, als die Truppen einige Gewehrpatronen abgefeuer hatten. Mehrere Sträflinge wurden verletzt.

## New Yorks Finanznot

Eigener Bericht

Die New-Yorker Stadtfinanzen sind wüßig gerüttelt. Die Stadtoberverwaltung sah sich unter dem Druck führender Wallstreetkreise gezwungen, für

etwa 75 Millionen Dollar Subgefürzungen vorzunehmen. Die führenden Banken hätten die Herabgabe eines sofort benötigten Darlehens abgelehnt, solange das Stadtbudget nicht ausbalanciert sei. Durch die Finanznot ist auch der 5-Gent-Einkommelsatzpreis auf den städtischen Wertepapieren bedroht.

## „Schweden erwache!“

Bei der zehnten Stacholmer Aufklärung des Regersfüdes „Gottes grüne Wiese“ von dem irischen Autor Connolly warfen mehrere Junge Beute saule Äpfel, verdorbene Tomaten, Stinkbomben und Steine auf die Bühne. Ins Partei flatterten Flugblätter mit folgendem Text: „Schweden erwache“ zum Protest gegen das System, das solche Religionsführungen duldet! Die anwesenden Nationalsozialisten.“

## In der Lonne eingemauert

Mehrere New-Yorker Gangster finden den von ihnen beherrschten früheren Schmutzger Josef Bloom, einen Freund des jetzt im Zuchthaus sitzenden Al Capone, stecken ihn in eine mit feuchtem Zement ausgefüllte Lonne, nagelten das Faß zu und warfen es ins Meer. Als die Lonne nach mehreren Tagen aus Ufer gefschwemmt wurde, mußte der steinunterfukete Leichnam mit Hauten ausgefchlagen werden.

## Teures Bellen

Ein Hundebesitzer in Dhama (Nebraska USA.) wurde zu einer Schabenerstrafung von 400 Dollars verurteilt. Der Hund des Herrschaften hatte eine vorübergehende Frau durch ein Gebell erstickt, daß sie zu Boden stürzte, eine Gehirnverletzung erlitt und getötet wurde.

## Fleiß

In Treviso (Calabrien) starb im Alter von 80 Jahren die in ganz Italien bekannte Heilkräutervermittlerin Wiffort, die in ihrem Leben insgesamt nicht weniger als 10 000 Ehen zustande gebracht hat.

## Franzen im Staatsdienst

Was in Bracht-Preußen möglich ist

Eigener Bericht

Miel, 18. Oktober.

In den preussischen Staatsdienst als Untergeschicht wieder aufgenommen wurde der ehemalige braunschweigische Regimenter Dr. Franzen in Kiel. Franzen wurde letztendlich bekannt in der Wiffchafts- und in der Reichsgeographie 1900. Franzen, der in Braunschweig als Regimenter des Ministeriums übernahm, kehrte später der Nationalsozialistischen Partei den Rücken und ließ sich in Kiel als Reichsamt nieder.

## Majestäten

Nehmt die „Fürsten“ nicht zu ernst

Zur Fürstenhochzeit in Koburg ist eine lange Liste von Majestäten aufgestellt worden, die als Ehrengäste erscheinen sollen. Die auswürdigen Fürstlichkeiten werden durch eine Ehrenkompanie der republikanischen Reichswehr begrüßt werden. In der Mitte der Ehrengäste findet man die folgenden verzeichnet: „Die Jarin von Rußland“ — das ist die Großfürstin Katja, die im Exil lebt, — ferner „König Rupprecht von Bayern“ — damit ist der bayerische Erbprinzip Rupprecht gemeint. Es wird sich sehr zu machen, wenn eine Ehrenkompanie der Reichswehr der deutschen Republik präsentiert für die Jarin von Rußland und den König Rupprecht von Bayern. Es wird in gleicher Weise eine Demonstration sein gegen die Sowjetunion, mit der die deutsche Republik nicht nur in Fortleben, sondern auch in freundschaftlichen Beziehungen lebt, wie gegen die deutsche Bevölkerung und die versöhnungstreuen Staatsbürger in Deutschland!

## Das Volk der Arbeit kämpft sich frei

Durch die Freiheitsliste zwöl Sozialdemokraten!

